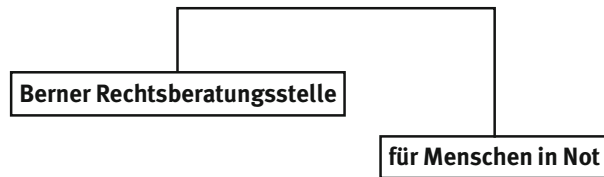


## Jahresbericht 2017

Die Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (RBS) erlebte ein bewegtes Jahr. Vielen Dank an alle, die sich für unsere Sache engagierten! Gerne präsentieren wir Ihnen in unserem Rückblick einige erwähnenswerte Ereignisse und Entwicklungen.

### Betriebliches

- Die Zahl der in der Schweiz eingereichten Asylgesuche sank 2017 gegenüber dem Vorjahr um rund einen Drittel; es wurden auch weniger Asylentscheide gefällt. Dies führte auf der RBS zu einer etwas geringeren Zahl an persönlichen Beratungsterminen. Bei EritreerInnen allerdings, die von erheblichen Praxisverschärfungen betroffen waren, blieb der Beratungsbedarf weiterhin sehr hoch. Für sie wurden wegen der umstrittenen, noch nicht in allen Punkten gerichtlich bestätigten Praxis überdurchschnittlich viele Beschwerden eingereicht. Dieser Aufwand konnte dank zusätzlichen Beiträgen bewältigt werden.
- 2017 erfolgte ein überaus starker Rückgang der neu dem Kanton Bern zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA). Die wesentlichen Gründe dafür dürften in den versperrten Migrationswegen



Richtung Europa und in der Weiterreise in andere europäische Länder liegen. Diese Entwicklung führte in unserem Betrieb zu einem Personalabbau im Umfang von zeitweise 360 Stellenprozent, insbesondere bei den Vertrauenspersonen.

- Unser Pilotprojekt «VOLL DABEI» für ehemalige UMA startete erfolgreich mit seinem ersten Zyklus (siehe nachfolgenden Kurzbeschreibung).
- Mit der Fachstelle Sozialarbeit FASA der Katholischen Kirche Region Bern konnte eine engere Zusammenarbeit vereinbart werden. Die RBS leistet zugunsten von KlientInnen der FASA rechtliche Unterstützung.
- Unser Mandat für den Rechtsschutz von Asylsuchenden im Verfahrenszentrum Zürich wurde bis 2019 verlängert. Der Fokus im letzten Jahr lag auf der Weiterentwicklung von Strukturen und Abläufen zur nach-

haltigen Sicherstellung einer professionellen Zusammenarbeit zwischen Asylbehörden und Rechtsvertretung in den geplanten Bundesasylzentren.

- Mit der Umsetzung der Asylgesetzrevision (beschleunigte Verfahren) wird der Bedarf an geschulten JuristInnen steigen. Im Dialog mit Universitäten und Verwaltung gelang es, die Schaffung eines künftigen «CAS Rechtsvertretung im Asylverfahren» zu initiieren. ReferentInnen der RBS werden in diesem Kurs ihr praktisches Wissen weitergeben.
- Im Rahmen der Law Clinic der Universität Bern konnte die RBS erstmals ein Schnupperpraktikum für Studierende anbieten.
- In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Frauenhandel und -migration FIZ und «500 Jahre Zürcher Reformation» lancierten wir das Pilotprojekt «Zugang zum Recht». Dessen Ziel ist der verbesserte Schutz von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren.
- Im Bereich des Sozialrechts wurden wieder im ordentlichen Rahmen von 80 Stellenprozent Beratungen angeboten. Gerade im Bereich des Sozialhilferechts konnten wir durch niederschwellige Information über Rechte und Pflichten sowie gezielte Kontaktaufnahme und Intervention mit und bei den Behörden immer wieder im Interesse von bedürftigen Menschen handeln.

### **Rechtliches von Bedeutung für unsere Klientenschaft**

- Informationen zur aktuellen Eritrea-Praxis finden Sie auf dem Beilageblatt.
- Im Mai 2017 entschied das Bundesverwaltungsgericht (BVGer), dass Überstellungen von Asylsuchenden nach Ungarn im Rahmen des die Asylzuständigkeit bestimmenden Dublin-Verfahrens aufgrund der verschlechterten Verhältnisse für Asylsuchende in Ungarn noch einmal überprüft werden müssen.
- In der Tradition der «Bacha Bazi» in Afghanistan werden Knaben von Männern wie Sklaven gehalten und müssen sexuelle Übergriffe über sich ergehen lassen. Das BVGer anerkannte in einem gutheissenden Urteil diese geschlechtsspezifische Verfolgung eines Mannes als asylrelevant.
- Aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage kommt gemäss einem neuen Urteil des BVGer die Rückkehr nach Kabul in Afghanistan nur noch in Frage, wenn besonders begünstigende Umstände vorliegen.
- Im Oktober 2017 bezeichnete das BVGer in einem Urteil zu Sri Lanka als letzte Region nach dem offiziellen Ende des Bürgerkriegs auch das Vanni-Gebiet als grundsätzlich zumutbares Wohngebiet. Die Zahl der Schutzgewährungen für Tamilen dürfte damit weiter sinken.

## **VOLL DABEI**

Unser Pilotprojekt VOLL DABEI richtet sich an junge Erwachsene, die als unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in der Schweiz um Schutz ersucht und mittlerweile die Volljährigkeit erreicht haben. Sie leben in der Regel noch nicht sehr lange in der Schweiz und müssen sich hier ab 18 Jahren ohne besondere Betreuung zurechtfinden. Das Projekt soll ihre Fähigkeit fördern, als mitgestaltende Personen den Anschluss an die Gesellschaft finden und sich für eigene Interessen und Anliegen einsetzen zu können. Die dreijährige Pilotphase von VOLL DABEI unterteilt sich in drei Zyklen mit jeweils acht Workshops. Dabei werden den Teilnehmenden auf eine niederschwellige, spielerische und interaktive Art Informationen über persönliche und politische Rechte, über Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten vermittelt. Ihre Bedürfnisse und die konkreten Herausforderungen im Alltag, zum Beispiel bezüglich Wohnungssuche, Spracherwerb, Ausbildung oder Erwerbstätigkeit stehen dabei im Mittelpunkt. Die Teilnehmenden bestimmen die Schwerpunkte selbst und setzen ihre eigenen Ziele, die gleichzeitig Teil der Gesamtzielsetzung des Projekts werden. Sie planen einzelne Workshops und führen diese durch. Im ersten Zyklus wurden

zum Beispiel die Suche nach einem WG-Zimmer theatralisch dargestellt, ein Gespräch mit PolitikerInnen über die Lebensbedingungen der Teilnehmenden organisiert und die Berufs- und Ausbildungsmesse besucht.

Indem die Teilnehmenden die Aktivitäten nach ihren eigenen Vorstellungen und Ressourcen mitgestalten können, wird deren Selbstbestimmung, Selbständigkeit und Eigenverantwortung gefördert. Erfahrene Peers, d. h. junge Erwachsene mit einem ähnlichen Hintergrund, stehen ihnen dabei beratend zur Seite, teilen eigene Erfahrungen und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Workshops präsentieren die Teilnehmenden an einer öffentlichen Schlussveranstaltung. Dadurch entsteht ein Austausch und das Publikum gewinnt einen Einblick in die Lebenswelt der jungen Menschen. So soll VOLL DABEI neue Perspektiven für eine Gesellschaft aufzeigen, in der das Miteinander anstelle des Nebeneinanders gefördert wird.

Den Abschlussbericht zum 2017 durchgeführten 1. Zyklus finden Sie auf: [volldabei.ch](http://volldabei.ch)

## Jahresrechnung der Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not

Aufwand	Budget 2017	Rechnung 2017
Personalkosten	1'112'397.90	1'000'240.40
Betriebsaufwand	155'176.90	149'479.70
<b>Aufwand Total</b>	<b>1'267'574.80</b>	<b>1'149'720.10</b>
<b>Ertrag</b>		
Beitrag Ref. Kirchen BEJUSO	205'000.00	210'000.00
Beitrag röm.-kath. Kirche BE	46'000.00	46'000.00
Beitrag röm.-kath. GKG Bern u. Umgebung	30'000.00	35'000.00
Beitrag Caritas BE	10'000.00	10'000.00
Beitrag SRK BE	5'000.00	5'000.00
Spenden* und Stiftungen	40'000.00	18'446.90
Ertrag aus Leistungsverträgen**	772'250.00	778'734.90
Parteientschädigungen	88'000.00	130'533.70
Diverse Erträge	2'000.00	2'804.90
<b>Ertrag Total</b>	<b>1'198'250.00</b>	<b>1'236'520.40</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>-69'324.80</b>	<b>86'800.30</b>

\* Ganz herzlichen Dank an alle Spenderinnen und Spender!

\*\* Auftraggeber: POM BE, GEF BE, EDI, BSV, SEM, KI Bern, ABR, PZM Münsingen, KKF, Caritas BE, SRK BE, Abulatorium SRK, Beratungsstelle Sans-Papiers, FASA Bern

## Kurzberatungen telefonisch / persönlich 2221

Asylrecht allgemein 910, Chancen- und Vorgehensberatungen nach Asylentscheid 346, Sozialhilferecht 316, Sozialversicherungsrecht 109, sonstige Anfragen 540

## Persönliche Beratungstermine 323

Asylrecht 250 (davon Eritrea 117, Afghanistan 43, Äthiopien 9, Somalia 8, Syrien 13, Irak 12, Sri Lanka 9, weitere 39), Sozialrecht 73

## Rechtsschriften 420

Asylrecht 391, davon Eingaben SEM 145, Beschwerden BVGer 126, weitere Eingaben BVGer 120 Sozialrecht 29

## Unbegleitete minderjährige Asylsuchende UMA

Neuzuweisungen in den Kanton 92, Begleitungen durch Vertrauensperson 144  
Vorbereitungsgespräche und Vertretungen an Anhörungen 161

Die Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not wird von einem gemeinnützigen Verein geführt. Aktivmitglieder: Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Röm.-Kath. Kirche Kanton Bern, Kantonalverband SRK (bis Ende 2017)

Eigerplatz 5 | 3007 Bern | Telefon: 031 385 18 20 | [info@rechtsberatungsstelle.ch](mailto:info@rechtsberatungsstelle.ch)

Persönliche oder telefonische Kurzberatung und Terminvereinbarung: Mo–Do, 9–12 Uhr

Weitere Informationen: [rechtsberatungsstelle.ch](http://rechtsberatungsstelle.ch) | Spendenkonto: PC 60-333281-4

## **Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (RBS)**

### **Update zur Eritrea-Praxis**

**Statistik November 2016 bis November 2017:** 144 persönliche Beratungstermine, 125 Beschwerden (davon 14 auf Asylgewährung, 28 auf Anerkennung als Flüchtling, übrige auf vorläufige Aufnahme wegen menschenrechtlicher Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs), 98 weitere Eingaben

**Zwischenergebnis:** 6 Gutheissungen, 6 nachträgliche Aufhebungen der Entscheide durch die Vorinstanz, 30 Abweisungen, restliche Urteile ausstehend

Im Jahr 2017 fällte das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) zwei wegweisende Urteile zu Eritrea, die die bisher überdurchschnittlich hohe Schutzquote für Asylsuchende aus Eritrea in Zukunft spürbar senken dürften. Nach wie vor gilt, dass glaubhaft gemachte Dienstverweigerung oder Desertion aus dem Nationaldienst in Eritrea zur Asylgewährung führen. Es wird von begründeter Furcht vor politisch motivierter, unverhältnismässig strenger Bestrafung ausgegangen.

In einem ersten Grundsatzurteil des BVGer vom 30. Januar 2017 (D-7898/2015) wurde entschieden, dass die illegale Ausreise aus Eritrea nur noch in Verbindung mit zusätzlichen erschwerenden Faktoren die Flüchtlingseigenschaft zu begründen vermag. Zur Klärung der Frage, welche Sachverhaltselemente (z. B. vorgängige Festnahmen oder desertierte Angehörige) eine massgebliche Profilschärfung bewirken können, reichte die RBS in der Folge mehrere Beschwerden gegen ablehnende Entscheide ein.

Im zweiten Grundsatzurteil des BVGer vom 17. August 2017 (D-2311/2016) wurde festgehalten, dass EritreerInnen, die ihre Dienstpflicht geleistet haben, bei der Rückkehr ins Heimatland grundsätzlich nicht mit erneuter Einberufung in den Nationaldienst oder mit Bestrafung rechnen müssten.

Somit drohe den Betroffenen bei einer Rückkehr keine menschenrechtswidrige Behandlung. Zudem führt gemäss BVGer weder die aktuelle Sicherheitslage in Eritrea noch die politische oder die wirtschaftliche Situation im Falle einer Rückkehr generell zu einer konkreten Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen. Bei der letzten Lagebeurteilung der eritreischen Verhältnisse durch das Gericht im Jahr 2005 sei die humanitäre Situation in Eritrea nach Jahren mit Krieg, Vertreibungen und Dürre noch als desolat beschrieben

worden. Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung sei damals nicht in der Lage gewesen, ihr Überleben aus eigener Kraft zu sichern. Heute sei die wirtschaftliche Lage nach wie vor schwierig. Die medizinische Grundversorgung, die Ernährungssituation sowie der Zugang zu Wasser und Bildung hätten sich aber stabilisiert. Der Krieg sei seit vielen Jahren beendet. Ernsthafte ethnische oder religiöse Konflikte seien nicht zu verzeichnen. Ein grosser Teil der Bevölkerung profitiere zudem von umfangreichen Zahlungen aus der Diaspora. Auch die nach wie vor anhaltende Überwachung der Bevölkerung führe nicht zu unzumutbaren Verhältnissen. Deshalb erachtet das BVGer eine Rückkehr nach Eritrea grundsätzlich als zumutbar. Lägen im Einzelfall besondere Umstände vor, müsse jedoch nach wie vor von einer Existenzbedrohung ausgegangen werden. Eine Rückkehr nach Eritrea kann demnach aufgrund persönlicher Umstände weiterhin als unzumutbar eingestuft werden.

Auch nach den zwei Grundsatzurteilen besteht Unklarheit, insbesondere in Bezug auf junge Asylsuchende, die Eritrea vor Erreichen des dienstpflichtigen Alters oder vor einem Aufgebot für den Nationaldienst verlassen haben. Ihnen droht im Falle einer Rückkehr die Bestrafung als Dienstverweigerer

und die Einziehung in den überlangen Dienst. Für diese Gruppe besteht die Gefahr von willkürlicher Haft und schwerer Misshandlung, von Zwangsarbeit und dauerhaftem Freiheitsverlust. Aus diesem Grund brachte die RBS in einer Vielzahl von Beschwerden gegen negative Entscheide vor, dass ein Verstoß gegen Art. 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK, Verbot der Zwangsarbeit) oder gegen Art. 3 EMRK (Verbot unmenschlicher Behandlung) drohe. Eine Beurteilung dieser Frage durch das BVGer steht nach wie vor aus.

Im Frühling 2018 kündigte das SEM nun in Umsetzung der angepassten Rechtsprechung des BVGer zur Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs die Prüfung der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme von schweizweit rund 3200 EritreerInnen an. Die betroffenen Personen haben ein Recht auf Stellungnahme und Beschwerde. In dieser schwierigen Situation werden sie weitere rechtliche Unterstützung durch die RBS benötigen.

Die Einschätzung der tatsächlichen Situation in Eritrea durch die Asylbehörden ist und bleibt auch aufgrund der mangelhaften Informationslage umstritten. Die RBS versucht weiterhin korrigierend einzugreifen, wenn im Einzelfall gesetzliche oder gerichtliche Vorgaben missachtet werden.